



Energiepolitik

## Aiwanger: "Energiewende muss jetzt in eine neue Phase treten"

13. März 2019

MÜNCHEN Nach der gemeinsamen Sitzung des bayerischen und nordrhein-westfälischen Kabinetts trafen NRW-Wirtschafts- und Energieminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart und Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger zusammen, um sich zu Energiethemen auszutauschen. Aiwanger und Pinkwart stimmten darin überein, dass die Energiewende jetzt weiter angeschoben werden muss. Sie forderten ein bundesweit abgestimmtes Gesamtkonzept für die Energiewende, das die energiepolitischen Ziele Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit mit möglichst viel Wertschöpfung vor Ort verfolgt. „Atom- und Kohleausstieg müssen jetzt schnellstmöglich mit einem Ausbau der Erneuerbaren Energien und Versorgungssicherheit durch Gaskraft flankiert werden. Die hohen Strompreise in Deutschland, die bereits heute zu den höchsten in Europa zählen, werden aber zunehmend ein ernsthaftes Problem für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Da müssen wir gegensteuern, unter anderem auch durch günstigere Strompreise für energieintensive Betriebe“, waren sich beide Energieminister einig.

Im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) sei ein Systemwechsel hin zu mehr Markt- und Systemintegration erforderlich. Dies umfasse eine bessere regionale Steuerung des Ausbaus Erneuerbarer Energien sowie eine Neuausrichtung des EEG-Fördersystems für mehr Anreize, die Stromerzeugung zeitlich und räumlich am Bedarf auszurichten. „Die Energiewende ist nicht nur Strom-, sondern auch Wärme- und Verkehrswende. Alle Potenziale müssen genutzt werden, insbesondere mit Hilfe neuer Technologien wie Speicher und Power-to-Gas sowie intelligenter Steuerungen“, so Aiwanger.

Fotos von dem Treffen finden Sie auf unserer Internetseite unter [www.stmwi.bayern.de/presse/mediathek](http://www.stmwi.bayern.de/presse/mediathek)

Volker Ellerkmann, stv. Pressesprecher

Tel. 089 2162 2612

[volker.ellerkmann\[at\]stmwi.bayern\[dot\]de](mailto:volker.ellerkmann@stmwi.bayern.de)

Pressemitteilung-Nr. 55/19